



[VCD e.V. · Wallstraße 58 · 10179 Berlin](http://www.vcd.org)

Herrn Frank Bsirske
ver.di - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Bundesvorstand
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin

Berlin, den 13. Juni 2014

OFFENER BRIEF

Sehr geehrter Herr Bsirske,

ver.di unterstützt großformatige Zeitungsanzeigen für die Abschaffung der Luftverkehrssteuer - gemeinsam mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie und Verbänden der Luftverkehrswirtschaft. Wir befassen uns seit langem mit den klimaschädlichen Wirkungen des wachsenden Flugverkehrs. Als Bündnis von Umwelt- und Entwicklungsorganisationen bedauern wir dieses Engagement von ver.di und halten es aus steuer-, umwelt-, entwicklungs- und verkehrspolitischer Sicht für falsch.

Eine Anzeige behauptet, durch die Luftverkehrssteuer würden Fluggäste ins Ausland abwandern und Arbeitsplätze verloren gehen. Das ist schlicht falsch. Die unterzeichnenden Verbände haben in einer Studie, die wir Ihnen in der Anlage übersenden, nachgewiesen, dass die Luftverkehrssteuer weder einen Rückgang der Passagierzahlen noch eine Abwanderung zu ausländischen Flughäfen verursacht hat. Auch stellt die Steuer keine Bedrohung von Arbeitsplätzen dar.

Die Luftverkehrswirtschaft genießt Privilegien, die keinem anderen Verkehrsträger gewährt werden. Allein die Subventionen durch die Befreiung von der Energiesteuer auf Kerosin sowie von der Mehrwertsteuer auf internationale Flüge betragen laut Subventionsbericht des Umweltbundesamts aus dem Jahr 2011 rund zehn Mrd. Euro. Auch nach Erhebung der Luftverkehrssteuer von rund einer Milliarde jährlich seit 2011 bleibt eine extreme Schieflage und damit ein erheblicher Wettbewerbsvorteil für die Luftfahrtbranche.

„Gerecht geht anders“ – unter dieser Überschrift macht ver.di Druck gegen die „Politik der sozialen Schieflage“. Die meisten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind täglich mit Auto, Bus und Bahn unterwegs. Sie werden um ein Vielfaches stärker durch Steuern und Abgaben belastet als Managerinnen und Manager, die zwischen Frankfurt

[Verkehrsclub Deutschland e.V. · Bundesverband · Wallstraße 58 · 10179 Berlin · www.vcd.org](http://www.vcd.org) · mail@vcd.org · Fon 030.280 351-0 · Fax -10

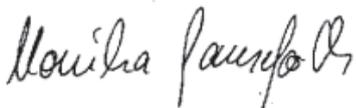
und Berlin fliegen. Auch auf Basis eigener Studien zu den Wirkungen der Luftverkehrssteuer ist für uns nicht nachvollziehbar, warum ver.di sich in dieser Form für den klimaschädlichsten Verkehrsträger engagiert und Steuereinnahmen von etwa einer Milliarde Euro durch die Luftverkehrssteuer verloren gibt.

Sehr geehrter Herr Bsirske, wie ver.di arbeiten auch wir für eine gerechte und solidarische Gesellschaft. Soziale Gerechtigkeit gibt es aber nicht ohne ökologische Gerechtigkeit. Deshalb müssen umweltschädliche Subventionen abgebaut werden. Nicht die Abschaffung, sondern der Ausbau der Luftverkehrssteuer und die Förderung nachhaltiger Verkehrskonzepte wäre ein Schritt in die richtige Richtung.

Daher appellieren wir an Sie, sich von der eingegangenen Allianz mit der Luftfahrtindustrie zu lösen und sich für den Erhalt und die Weiterentwicklung der Luftverkehrssteuer einzusetzen.

Wir würden das Thema Luftverkehrssteuer gerne in einem persönlichen Gespräch mit Ihnen diskutieren und freuen uns auf eine Antwort von Ihnen.

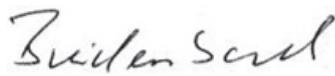
Mit freundlichen Grüßen



Monika Ganseforth, Mitglied des VCD-Bundesvorstands und Unterzeichnende



Werner Reh, BUND



Helmut Breidenbach, Bundesvereinigung gegen Fluglärm e.V.



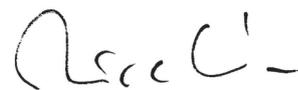
Klaus Seitz, Brot für die Welt



Sebastian Schönauer, DNR



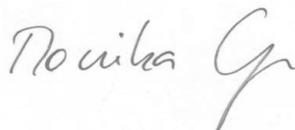
Damian Ludewig, Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS)



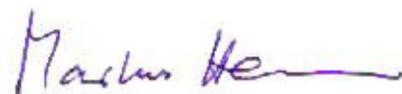
Jürgen Maier, Forum Umwelt und Entwicklung



Stefan Krug, Greenpeace



Monika Lege, Robin Wood



Markus Henn, WEED

Anlage: Scan Anzeige

Tagesspiegel 3. Juni 2014

Mehr Informationen unter:
www.bdl.aero/luftverkehrssteuer

DIE LUFTVERKEHRSTEUER BELASTET VOR ALLEM DIE DEUTSCHEN AIRLINES

Vier deutsche Airlines schultern über 50% der Luftverkehrssteuer. Allein in 2013 waren dies 514 Millionen Euro. Abflüge aus Deutschland, bei denen die Steuer anfällt, sind ihr Kerngeschäft. Die übrige Steuerschuld verteilt sich im Wesentlichen auf über 100 ausländische Fluggesellschaften. Die Luftverkehrssteuer fällt bei diesen nur auf einen kleinen Anteil ihres Geschäfts an. Sie müssen ihre Preise aufgrund der

Steuer nicht oder nur minimal erhöhen. Für die deutschen Unternehmen dagegen stellt die Luftverkehrssteuer eine schwere Kostenbelastung dar, da sie auf den Großteil ihres Geschäfts anfällt. Sie sind daher gezwungen entweder die Preise stark anzuhöhen und somit Marktanteile zu verlieren oder die Preise beizubehalten und die Steuer selbst zu tragen.



LuftVst

Über die Luftverkehrssteuer: In Deutschland müssen seit dem 1. Januar 2011 Fluggesellschaften eine Steuer für Passagiere entrichten, die ihren Flug auf deutschen Flughäfen beginnen. Die Airlines zahlen dafür jährlich 1 Milliarde Euro.

Unterstützt von



WEGEN DER LUFTVERKEHRSTEUER IN DEUTSCHLAND WANDERN DIE PASSAGIERE INS BENACHBARE AUSLAND AB

An den grenznahen Flughäfen im benachbarten Ausland wuchs die Passagierzahl zwischen 2010 und 2013 um 35,8%, während die grenznahen deutschen Flughäfen in dieser Zeit 0,4% Passagiere verloren.

Der Bund der Steuerzahler sieht dringenden Handlungsbedarf: „Die Luftverkehrssteuer ist mit Wettbewerbs- und Standortnachteilen für inländische Flughäfen und Fluggesellschaften behaftet. Daher sollte die Luftverkehrssteuer ersatzlos entfallen.“

Der Bundesrat richtete sich schon 2012 an die Bundesregierung: „Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Situation, in der sich der Luftverkehr in Deutschland befindet, hält es der Bundesrat für erforderlich, die Branche von der Luftverkehrssteuer zu entlasten.“



LuftVst

Über die Luftverkehrssteuer: In Deutschland müssen seit dem 1. Januar 2011 Fluggesellschaften eine Steuer für Passagiere entrichten, die ihren Flug auf deutschen Flughäfen beginnen. Die Airlines zahlen dafür jährlich 1 Milliarde Euro.

Unterstützt von

